

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungsergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	Briefverkehr auf elektronische Post umstellen	DE-Mail wird mittelfristig in der Verwaltung realisiert, die Voraussetzungen werden derzeit geschaffen. Es werden außerdem weitere Angebote der Post auf Umsetzbarkeit geprüft. Eine spürbare Reduzierung der Portokosten ist auf absehbare Zeit allerdings nicht zu erwarten.		ja	HuFA	ja		Einstimmig	Amt 32	Seit dem 01.01.2018 ist die Gemeinde über die de-Mail -Adresse demail@nk-se.de erreichbar
3	600.- Standesbeamtenkleidung einsparen	Der Betrag gilt für alle drei Standesbeamte. Es ist im Interesse der Gemeinde, dass die Standesbeamtinnen/der Standesbeamte die Trauungen in angemessener Kleidung durchführen. Es kann nicht erwartet werden, dass die Standesbeamtinnen/der Standesbeamte entsprechend private Kleidung vorhalten. Dienst- und Schutzkleidung wird in mehreren Bereichen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der jeweils an die Standesbeamtinnen/den Standesbeamten ausgezahlte Betrag muss hingegen versteuert werden. Damit wird der Möglichkeit einer privaten Nutzung Rechnung getragen. Man könnte auch einen Ansatz von 900 € alle 2 Jahre etatisieren. Das würde eine Einsparung in Höhe von 150 € für das Haushaltsjahr 2017 bedeuten.	600	ja	HuFA	ja	in 2017 auf 300 € reduzieren, ab 2018 streichen	Einstimmig	Amt 32	Der Beschluss wird umgesetzt.

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungsergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
4	Versicherungsleistungen neu ausschreiben und Renta pro Versicherung ermitteln	Eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit einzelner Versicherungen erfolgt laufend. Im Bereich Haftpflichtversicherung gibt es nur wenige Versicherungsunternehmen, die auch die Risiken versichern wollen, die in einer Kommune anfallen. Diese anderen Versicherer sind ein Konstrukt wie auch die GVV Versicherung, wo die Kommunen per se Mitglied sind. Diese Versicherer sind in anderen Bereichen Deutschlands aktiv. Welche Versicherung, die von Gewinn und Provisionen leben muss möchte schon eine Feuerwehr versichern oder Schulveranstaltungen oder den finanziellen Verlust, den Ratsmitglieder erleiden, wenn sie auf der Fahrt zu einer Sitzung einen Autounfall hatten oder Ehrenamtliche? Im Bereich der Eigenschadenhaftpflichtversicherung hat eine Kommune ganz andere Schadenfälle als ein Unternehmen. Welche Versicherung auf dem freien Markt möchte für Schäden aufkommen, die sechs Jahre zurückliegen und eventuell durch Unachtsamkeit eines Mitarbeiters als Schaden für die Kommune entstanden sind? Hier sind Kenntnisse im Öffentlichen Recht zwingend erforderlich. Im Bereich der Freiwilligen Unfallversicherung sind Schüler und Feuerwehrleute versichert sowie Veranstaltungen in der Bücherei, Veranstaltungen des Jugendzentrums, Kinderfahrten bei der Feuerwehr, Wahlhelfer und mehr. Auch bei der Rechtsschutzversicherung müsste die Versicherung sich in kommunalen Angelegenheiten und im Öffentlichen Recht auskennen. Die Kfz Versicherung müsste Feuerwehrfahrzeuge und Dienstwagen mit ständig wechselnden Fahrern versichern. Abgestellte Dienstfahrzeuge werden auch gerne mal von Schülern oder anderen Jugendlichen beschädigt. Zudem funktioniert das Beitragssystem bei der GVV so, dass die kommunale Gemeinschaft einen Ausgleich schafft. So gibt es keine Höhergruppierung und keine Mehrbeiträge, wenn z. B. Neunkirchen-Seelscheid im letzten Jahr besonders viele Schäden hatte, sondern es erfolgt eher im Gegenteil noch eine Beitragsrückerstattung, weil etliche andere Kommunen in der Gemeinschaft deutlich weniger Schäden hatten. Im Bereich der Gebäudeversicherung müssen Schulen, Kindergärten und Turnhallen versichert werden. Auch das ist für die meisten Versicherer kein gutes Geschäft. Viele öffentliche Gebäude in Deutschland sind veraltet oder gar marode. Auch Neunkirchen-Seelscheid ist da keine gänzliche Ausnahme, obwohl viele Gebäude in gutem Zustand sind. Auch Asylantenheime oder Asylanten in Turnhallen wollen manche Versicherer nicht versichern. Die Zahlungen an die Unfallkasse NRW sind der größte Anteil an den Versicherungsbeiträgen insgesamt. Aus der Unfallkasse NRW können wir nicht austreten und wir können auch keine Beiträge beeinflussen, da auch hier die Gemeinschaft aller Kommunen den Beitrag reguliert. Zudem ist fraglich, ob sich der Aufwand und die Kosten für eine öffentliche Ausschreibung lohnen. Die Ausschreibung müsste ganz präzise Anforderungen an die Versicherer stellen um die Angebote untereinander auch vergleichen zu können. Die Versicherer ihrerseits lassen sich ungern vorschreiben wie sie eine Risikoabdeckung machen sollen. Dadurch haben diese keine Vergleiche und wissen das Risiko nicht einzuschätzen und somit auch nicht den Beitrag.		ja	HuFA	ja	Eine Überprüfung und Neuausschreibung käme insbesondere für den Bereich der Beihilfeversicherung, Gebäudeversicherung und Dienstfahrzeuge in Betracht. Ein konkretes Einsparvolumen kann derzeit nicht beziffert werden.	Einstimmig	Amt 20	Die Überprüfung konnte noch nicht abgeschlossen werden.
7	Kosten für Zeitungen und Fachliteratur einsparen	Die Ansätze wurden in den letzten Jahren bereits reduziert und wo es möglich war, wurde auf elektronische Medien umgestellt. Der Ansatz wird jedoch erneut auf den Prüfstand gestellt und Bestellungen reduziert. Das Sparziel ergäbe sich bei einer Reduzierung um 10% des Ansatzes.	2.112	ja	HuFA	ja		Einstimmig	jedes Amt	Die Haushaltsplanansätze wurden entsprechend reduziert. Die Bewirtschaftung erfolgt planmäßig.
9	Durchführung regelmäßiger Vergleiche von Kostenstrukturen und Prozessen mit anderen, ähnlich gelagerten Kommunen; Initiierung und/oder Beteiligung Folgende Themen sollten im Fokus stehen:	Die Gemeinde hat in 2016 ein Programm erworben, welches es ermöglicht, sowohl interne, als auch interkommunale Vergleiche mit Kommunen gleicher Größe "auf Knopfdruck" durchzuführen. Die Nutzung des Programmes soll noch intensiviert werden.		ja	HuFA	ja		Einstimmig	Amt 20	Aufgrund der personellen Situation in der Kämmererei können diese Aufgaben zurzeit nur sehr eingeschränkt wahrgenommen werden.

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungs-ergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
10	Sachkosten/ Büromaterial etc. um 7% reduzieren	In allen Ämtern wird bereits streng auf eine Einhaltung des Budgets geachtet. Die einzelnen Kostenarten innerhalb der Budgets sind untereinander deckungsfähig. Bei einer pauschalen Kürzung müsste der Einsparbetrag somit jeweils im Gesamtbudget erbracht werden.	3.025	ja	HuFA	ja		Einstimmig	jedes Amt	Die Haushaltsplanansätze wurden entsprechend reduziert. Die Bewirtschaftung erfolgt planmäßig.
11	Mehr interkommunale Zusammenarbeit, speziell auch bei Entwicklung von Gewerbegebieten (Ruppichterath, Much)	Die Zusammenarbeit mit Much, gerade in der Entwicklung von Gewerbeflächen, läuft weiterhin sehr gut. Die Gemeinde Ruppichterath hat sich jüngst durch Ratsbeschluss dagegen entschieden, dem gemeinsamen Kommunalunternehmen Neunkirchen-Seelscheid/ Much beizutreten. Dennoch bemüht man sich auch hier um weitere Kooperationen und die Nutzung von Synergieeffekten.		ja	HuFA	ja	bereits Beschlusslage	Einstimmig	Amt 20	Seitens der Kämmereien der Gemeinden Neunkirchen-Seelscheid, Much und Ruppichterath werden derzeit mögliche Bereiche einer interkommunalen Zusammenarbeit ausgearbeitet.
13	Überprüfung der Umlagen an die Gemeindewerke externe Vergabe einzelner Leistungen, wenn dies kostensparend ist	Im Bereich des Kommunalunternehmens (Bauhof) werden im nächsten Jahr alternative Angebote, etwa die Pflege der Grünflächen betreffend, eingeholt. Auch im Bereich der Gemeindewerke soll geprüft werden, ob einzelne Bereiche wirtschaftlicher erledigt werden können.		ja	HuFA	ja		Einstimmig	Amt 20	Die in der bisherigen Stellungnahme angekündigte Prüfung zur Einholung alternativer Leistungsangebote zur Durchführung von Pflegeleistungen wurde durchgeführt und erbrachte ein durchweg positives Ergebnis. So wurden die Pflege auf 2 gemeindlichen Friedhöfen fremdvergeben, was zu einer deutlichen Kostenersparnis führt. Die auf dem Friedhof in Seelscheid verbleibenden Leistungen können nunmehr aufgrund der dadurch ermöglichten geänderten Arbeitsorganisation des Kommunalunternehmens effektiver und kostensparender durchgeführt werden. Gleichzeitig wurden im Rahmen des Grünflächenmanagement die Kostentreiber im Bereich der Pflege und Unterhaltung ermittelt und Maßnahmen zur Reduzierung erarbeitet. Die Durchführung dieser Maßnahmen soll bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.
14	Abschaffung des Rechnungsprüfungsamtes	Die Gemeinde ist nicht verpflichtet ein Rechnungsprüfungsamt einzurichten, aber die Gemeindevertretung ist, ggf. durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Rechnungsprüfung verpflichtet. Dies kann jedoch von einem Rechnungsprüfungsamt wesentlich umfangreicher durchgeführt werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes die Verwaltung und den Rat sehr unterstützt, auch bei der Frage der Einsparung von Kosten. Der Ansatz ergibt sich aus den Gesamtkosten für das hauseigene Rechnungsprüfungsamt, abzgl. der Kosten, die für eine externe Prüfung des Jahresabschlusses anfallen würden.	44.000	ja	HuFA	ja		Einstimmig	Amt 10	umgesetzt
17	Straßenbeleuchtung Bushaltestelle Hochhausen: Errichtung mind. 1 Straßenlaterne	Es ist geplant, die Haltestelle in Hochhausen in 2017 barrierefrei umzubauen. Damit würde auch die Beleuchtung der Haltestelle optimiert.		ja	BauA	ja		Einstimmig	Amt 60	Zur Zeit läuft das Ausschreibungsverfahren. Die Ausführung erfolgt Juli/August 2018.

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungsergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
18	Straßenbeleuchtung - Stromverbrauch: Kann weiter reduziert werden? Können dazu die An- und Abschaltzeiten an die Sonnenaufgang- und -Untergangszeiten gekoppelt werden? Ist es möglich (und zweckmäßig) ggf. alternativ an Helligkeitsgraden zu arbeiten? LED: Umstellung auf LED, intelligente Straßenbeleuchtung jährlicher Ansatz ca. 140.000.- €	Die Einschaltzeiten der Leuchten sind schon immer an einen Sensor gebunden. Wir rüsten zur Zeit die Straßenbeleuchtung auf LED um. Im ersten Bauabschnitt (2014/2015) wurden 103 Leuchten von Quecksilberdampfhochdrucklampen in LED gewechselt. Damit sinkt der Anschlusswert von 9.275 Watt auf 4.451 Watt und der Energieverbrauch von 22.810 kWh/a auf 10.932 kWh. In 2016 sollen 70 Leuchten von Quecksilberdampfhochdrucklampen in LED gewechselt werden. Nach Auswechslung der Leuchten sinkt der Anschlusswert von 5.785 Watt auf 3.195 Watt und der Energieverbrauch von 13.531 kWh/a auf 7.473 kWh. In 2017 soll der Austausch der Laternen fortgesetzt werden. Wann und ob überhaupt ein Austausch der insgesamt über 1000 Laternen im Gemeindegebiet umgesetzt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau abzusehen, da einige Laternen recht neu sind, ohne über eine moderne LED-Technik zu verfügen. Der Ansatz für Stromkosten beläuft sich auf 44.000 €.		ja	EUPA	ja	Prüfauftrag, welche weiteren Optimierungen möglich sind	Einstimmig	Amt 60	Prüfauftrag noch nicht abgeschlossen
19	Parkraumbewirtschaftung - Stärkere Kontrollen an Parkplätzen und Halteverboten auch abends und an den Wochenenden-Mehreinnahmen durch Parksünder	Die Überwachung des ruhenden Verkehrs erfolgt zum einen, um einem 'Dauerparken' entgegenzuwirken und zum anderen, um den entsprechenden Regelungen der StVO Geltung zu verschaffen. Eine verstärkte Kontrolle außerhalb der Dienstzeiten führt zu Überstunden und somit zu Kosten. Durch das Abfeiern der Überstunden kommt es zu personellen Engpässen während der regulären Dienstzeiten, da die Gemeinde nur einen Außendienstmitarbeiter beschäftigt.		ja	HuFA	ja		Einstimmig	Amt 32	Der Rat der der Gemeinde hat im Stellenplan 2018 eine Halbtagsstelle beschlossen, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die entsprechende Stellenbeschreibung befindet sich derzeit in der Abstimmung. Nach der Bewertung der Stelle erfolgt deren Ausschreibung.
25	Sanierung der Brücke Ohmerath überprüfen	Es wurden bereits Planungen für eine umfangreiche Sanierung / Erneuerung der Brücke durchgeführt. Die Mitarbeiter/innen des Tiefbaubereiches haben Kontakt zu dem Antragssteller aufgenommen. Bisher liegen jedoch keine kostengünstigeren Planungen/Lösungen zur ordnungsgemäßen Sanierung der Brücke vor, sodass der Ansatz nicht verringert werden kann.		ja	BauA	ja		Einstimmig	Amt 60	Die Überprüfung wurde abgeschlossen. Der Rat hat am 29.11.2017 beschlossen, dass die Erneuerung der Brücke der Ohmerather Str. über den Dreisbach in Ingersau mittels Betonrechteckprofilen erfolgt (wie bereits 2016 im Bauausschuss beschlossen).
29	Katholische Bücherei soll wieder öffnen. Möglicherweise ist eine "Übernahme" des Bestandes in die Gemeindebücherei möglich. Im Falle einer Beteiligung der kath. Kirche an der Bücherei könnten Kosten eingespart werden.	Dieser Ansatz wurde bereits durch verschiedene Gespräche auf Veranlassung der Zivilgemeinde verfolgt. Bislang konnte leider kein gemeinsames Ergebnis erzielt werden, weil das Interesse der katholischen Kirchengemeinden nicht deckungsgleich mit dem Spar-Interesse der Zivilgemeinde ist. In Kürze steht hierzu aber ein weiteres Gespräch an.		ja	FamA	ja	im bestehenden Prüfauftrag enthalten	Einstimmig	Amt 40	Eine Kooperation mit der KÖB ist nicht zustande gekommen. Durch eine aktuelle Reduzierung der Personalkosten kann der Bestand bis 31.12.2021 gesichert werden.

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungsergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
31	Aquarena: Privatisierung / Outsourcing Fitnessbereich oder zumindest betriebswirtschaftliche Führung des FIT-Bereiches der Aquarena (eine eigene kfm Leitungsperson anstellen), keine Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehr; insgesamt zu viel Personal: reduzieren-Einsparung bei den Personalkosten der Aquarena/ zu viel Personal Privatisierung der gesamten Aquarena und des Sportplatzes, anschließend von privatem Unternehmen, das die Einrichtungen deutlich wirtschaftlicher führen kann, zurückmieten (Sale-and-Lease-back)	Der Versuch der Vermietung bzw. Verpachtung der AQUARENA, insbesondere des Fitnessbereiches, ist in den zurückliegenden Jahren mehrfach unternommen worden. Sämtliche Angebote zur Anpachtung, Anmietung oder Betriebsführung waren jedoch für die Gemeindewerke nicht auskömmlich. Der Verwaltungsrat der Gemeindewerke Neunkirchen-Seelscheid beschloss in seiner öffentlichen Sitzung am 12.04.2016 unter TOP 4.1 mehrheitlich, dass der Gedanke einer Vermietung/Verpachtung der AQUARENA Fitness & Wellness nicht weiter verfolgt werden solle. Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Bereiche (Trainingsfläche, Kurse, Bad, Sauna) wird kontinuierlich geprüft - Kurse ohne Kostendeckung werden abgesetzt bzw. durch besser besuchte Kurse ersetzt. So wurden auch jüngst nicht oder wenig nachgefragte Kinderbetreuungszeiten ersatzlos eingestellt, um Personalkosten einzusparen. Die Entwicklung der Mitgliederzahl im Fitnessbereich wird monatlich überprüft - diese stieg im ersten Halbjahr 2016 von 1.252 (Stand 31.12.2015) auf 1.298 (Stand 30.06.2016) an. Jedoch ist eine deutliche Erhöhung der Mitgliederzahl auch kritisch zu betrachten, da es bereits heute teilweise zu Wartezeiten an den Geräten auf der Trainingsfläche kommt, was die Kundenzufriedenheit negativ beeinflusst. Gerade die Einführung des REHA-Sport-Bereiches hat sich positiv auf die Erlöse und damit auf das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Fachbereiches ausgewirkt. Im laufenden Jahr fanden bereits einige themenbezogene Werbemaßnahmen im BAD, im Fitnessbereich und in der Sauna statt, die die Leistungen der Einrichtung AQUARENA auch überregional noch bekannter machen sollen. Die AQUARENA ist zwar als einheitliches Profitcenter BAD FIT im Geschäftsbereich SPORT des Wirtschaftsplanes dargestellt, beide Teilbereiche werden jedoch im Wege der Kostenrechnung getrennt betrachtet und sämtliche Erlöse und Aufwendungen verursachungsgemäß zugeordnet. Die gesamte Einrichtung ist nur mit dem absolut notwendigen Betriebspersonal ausgestattet. Überbesetzungen existieren nicht, weitere Personaleinsparungen sind aus organisatorischen wie auch gesetzlichen Notwendigkeiten nicht möglich. Eine Beschäftigung von Personal außerhalb des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst ist unzulässig. Ein Verkauf des Sportplatzgeländes wäre für die Gemeinde nur wirtschaftlich, wenn der Verkauf über dem Buchwert in der Bilanz erfolgen würde, und das wäre nur durch eine Umwandlung in Baulandfläche zu realisieren (siehe auch Nr. 26 dieser Vorlage).		ja	VR GW	ja	Prüfauftrag	Einstimmig	Amt 81	Für den Bereich Aquarena-Fitness wurde vorgeschlagen eine eigene kaufmännische Leitungsperson anzustellen. Dazu ist festzustellen, dass dies bereits veranlasst war. Im Jahr 2016 hat nunmehr eine Mitarbeiterin ihr Studium zur Sportökonomin erfolgreich beendet. Zusätzlich soll ab dem 01.09.2017 eine zusätzliche Person mit dem Abschluss Sport- und Fitnesskaufmann im Bereich der Verwaltung des Bereichs eingesetzt werden, um die Leitung mit weiteren betriebswirtschaftlichen Kenntnissen zu unterstützen. Dass verschiedene Versuche, diesen Bereich zu privatisieren, zu vermieten oder zu verpachten, nicht zum Erfolg geführt haben, wurde bereits im Vorjahr dargestellt. Der Versuch der „Betriebsführung durch einen Dritten“ ist allein schon daran gescheitert, dass potentielle Betriebsführer vorab eine mindestens 1-3-jährige Probephase gegen Bezahlung zur Bedingung machen. Über die insgesamt verbesserte Ertragsituation aufgrund der positiven Entwicklung des REHA-Bereichs wurde bereits berichtet.
35	Grünstreifen an privaten Grundstücken an Eigentümer veräußern	Grünstreifen werden dort den Anliegern zum Kauf angeboten, wo die betreffende Straße bereits endausgebaut ist. Auch wird die Pflege und Befestigung unbefestigter Randstreifen vertraglich auf die Anlieger übertragen, sofern dies gewünscht wird.		ja	HuFA	ja, im Rahmen einer Einzelfallprüfung	Wird bereits umgesetzt, soweit sinnvoll	Einstimmig	Amt 60	Umsetzung erfolgt laut Beschluss
40	Verschiebung einer Erhöhung der Sitzungsgelder bis zur Sanierung des Haushalts	Die Erhöhung der Sitzungsgelder ist gesetzlich vorgeschrieben.		nein	HuFA	ja, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten	Einsparung der Entschädigungen für Ausschussvorsitzende	Einstimmig	Amt 10	umgesetzt (bezogen auf Ausschussvorsitze)

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungs-ergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
41	Beteiligung der Gemeinde an dem Gewinn aus der Erschließung von Bauland	Grundsätzlich besteht die gesetzliche Möglichkeit, dass eine Kommune an dem deutlichen Wertzuwachs, den ein Grundstück durch die Umwandlung von einer landwirtschaftlich genutzten Fläche hin zu Wohnbauland erfährt, partizipiert. Die verbreitetste Methode hierfür ist das sogenannte Umlegungsverfahren, welches in Neunkirchen-Seelscheid jedoch nicht praktiziert wird. Eine neue Möglichkeit bietet das Land Nordrhein-Westfalen seinen Kommunen nun an: Die landeseigene Entwicklungsgesellschaft (NRW.URBAN) kauft im Namen der Kommune Flächen auf, entwickelt diese zu Bauland, erschließt und vermarktet sie in Abstimmung mit der Kommune. Da NRW.URBAN keinen wirtschaftlichen Eigeninteressen verfolgt, verbleiben finanzielle Überschüsse bei der Kommune.		ja	EUPA	ja	Realisierung über Teilnahme an URBAN.NRW	Einstimmig	Amt 10/WiFö	Die landeseigene Entwicklungsgesellschaft NRW.URBAN steht mit seiner NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH (NRW.URBAN KE) interessierten Kommunen als „Entwicklungsgesellschaft auf Zeit“ zur Seite: Sie erwirbt Grundstücke, stellt Expertise für die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung der Bauflächen zur Verfügung und übernimmt das Projektmanagement und die Abrechnung des Projektes in Abstimmung mit der Gemeinde. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH (NRW.URBAN KE) ist, dass auf den Baugrundstücken anteilig öffentlich geförderter Wohnungsbau realisiert wird. Nach der Sommerpause wird die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage den politischen Gremien zur Entscheidung vorlegen.
42	Strategische Planung neuer Ertragsquellen	Die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid ist in Gesprächen mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg bezüglich einer Innovations- und Bildungspartnerschaft. Größter Wunsch der Kommune und langfristiges Ziel ist in diesem Rahmen die Ausweisung von einer Campus-Fläche im Gemeindegebiet. In diesem Zusammenhang bestünde zudem die Möglichkeit, einen sich hieran anschließenden Seminarstandort zu verwirklichen, sofern hierfür eine entsprechende Nachfrage bestehen sollte.		ja	HuFA	Ja		Einstimmig	Amt 10/WiFö	Die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid befindet sich weiterhin in entsprechenden Gesprächen mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Im Prozess der Regionale 2025 wird die geplante Kooperation ein Schwerpunktthema darstellen. Die Zusammenarbeit mit der Hochschule stellt einen entscheidenden Standortfaktor für die Gemeinde dar, welcher ihre Ertragslage perspektivisch deutlich verbessern wird.

lfd. Nr.	Kurzinhalt der Anregungen	Stellungnahme des Fachamtes	mögliche Einsparung in €	rechtlich zulässig	Grem.	Entscheidung	Kommentar	Abstimmungsergebnis	Amt	Status
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
51	<p>Das aktuelle Seitenradarmessgerät ist voll funktionsfähig und wurde vor kurzer Zeit noch für über 500 € repariert . Das aktuelle Seitenradarmessgerät ist letztmalig im Februar 2016 eingesetzt worden. Hieraus ist klar zu erkennen wie selten es zum Einsatz kommt. Eine Neubeschaffung macht auch aus diesem Gesichtspunkt keinen Sinn. In der Tat ist die Flüssigkristallanzeige bei deutlichen Minustemperaturen etwas träge, allerdings machen Messungen bei solchen Minustemperaturen auch keinen Sinn da die Straßenverhältnisse bei deutlichen Minustemperaturen keinen repräsentativen Messungen zulassen. Auch eine Anzeigetafel (wie sie der Rhein –Sieg-Kreis im Übrigen bereits besitzt und im Gemeindegebiet auch einsetzt) macht m.E keinen Sinn da das SDR –Gerät ja eine versteckte Messung ermöglichen soll. Eine Anzeigetafel ist daher wenig sinnvoll. Besonders im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation halte ich die Beschaffung für absolut überflüssig.</p>	<p>Es wird auf die Erläuterungen im Haushaltsentwurf verwiesen.</p>	4.000	ja	HuFA	ja	Aber: Prüfung interkommunale Zusammenarbeit	Einstimmig	Amt 32	Das vorhandene SDR Gerät wird weiterhin eingesetzt.